

Auszug aus dem Protokoll der Bezirksratssitzung am 10. Dezember 2015

TOP 3.

Informationen der Verwaltung zur Flüchtlingssituation im Stadtbezirk

Frau Sufin trug sinngemäß vor:

Aktuelle Zahlen bezogen auf das Stadtgebiet:

Entsprechend des Sachstands Anfang Dezember leben rund 4.000 Flüchtlinge in den Unterkünften im Stadtgebiet von Hannover. Die Zahl wird sich in den nächsten Tag, sobald die Messehalle 27 bezogen ist, nach oben verändern. Je nach Aufenthaltsdauer, Selbstständigkeit, Gesundheitszustand, Sprachkenntnis und Sozialkompetenz werden Flüchtlinge in Hannover nach dem Drei-Säulen-Modell in **Gemeinschaftsunterkünften**, **Wohnprojekten** oder **Wohnungen** (dezentral) untergebracht. Aufgrund der hohen Zuweisungsrate durch das Land Niedersachsen ist eine 4. Säule hinzugekommen. Das ist die vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen in **Notunterkünften**. Dazu zählen die Flüchtlingsunterkünfte im ehemaligen Schulzentrum Ahlem als auch im ehemaligen Baumarkt an der Badenstedter Straße.

Ca. 55 % der Flüchtlinge, die nach Hannover kommen, sind aktuell in Notunterkünften untergebracht, 29 % in Gemeinschaftsunterkünften, 4 % in Wohnprojekten und 12 % leben in Wohnungen.

Zur Geschlechter-Aufteilung kann man sagen, dass 80% der Flüchtlinge Männer und 20 % Frauen sind. 86% der Flüchtlinge sind 18 Jahre bzw. älter.

Bis Ende Januar 2016 können der Stadt noch rund 2.500 Flüchtlinge vom Land Niedersachsen aus der laufenden Quote zugewiesen werden. Die Zahlen sind jedoch Momentaufnahmen, so dass wir heute nicht sicher sagen können, wie sich die Situation in den nächsten Wochen entwickeln wird.

Zur Situation im Stadtbezirk:

Wie angekündigt konnte zwischenzeitlich der von der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) errichtete Neubau an der Hermann-Ehlers-Allee / im Stadtteil Badenstedt fertiggestellt werden. Das Flüchtlingswohnheim wird auf der Grundlage eines 10-jährigen Mietvertrages in städtischer Trägerschaft weitergeführt. Nach Beendigung der Nutzungszeit bleibt das Objekt im Eigentum der GBH.

Die Stadtverwaltung hat es ermöglicht, dass die Unterkunft vor der eigentlichen Inbetriebnahme der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Am 30. November hatten alle Interessierten die Möglichkeit, für 2 Stunden einen Blick in die Unterkunft zu werfen.

Belegungsabhängig hat die Unterkunft eine Kapazität von rund 100 Flüchtlingen.

Die Belegung erfolgt nach heutigen Planungen nach und nach im Laufe des Dezembers.

Da es sich um ein **Wohnprojekt** handelt werden dort Flüchtlinge einziehen, die schon seit einiger Zeit zum Beispiel in einem Wohnheim leben. Die Menschen sind dann bereits ein wenig selbstständiger und werden nicht mehr so intensiv betreut, wie Menschen, die in einer Gemeinschaftsunterkunft oder auch in einer Notunterkunft untergebracht sind. Derzeit werden geeignete BewohnerInnen gesucht, die sich für ein Wohnprojekt eignen. Grundsätzlich ist das Wohnprojekt für Familien, Frauen-Wohngemeinschaften bzw. Männer-Wohngemeinschaften geeignet.

Die Betreuung des Wohnprojektes wird die Firma Fair Facility GmbH übernehmen.

Die untergebrachten Flüchtlinge werden durch SozialarbeiterInnen betreut. Der Betreiber wird hierzu 1,5 Stellen bereithalten. Das sind 60 Stunden Wochenarbeitszeit. Es gibt eine Person die Hausmeisterarbeiten übernimmt und aufgrund der hohen Belegungszahl gibt es einen Wachdienst, der 7 Tage in der Woche von 18 bis 6 Uhr vor Ort ist.

Das Stadtbezirksmanagement hat für die Unterkunft einen Stadtkaartenausschnitt organisiert, der den Stadtbezirk und auch Teile von Empelde abbildet und wichtige Einrichtungen und Punkte der Infrastruktur, wie Haltestellen des Busses und der Stadtbahn mit Symbolen darstellt.

WLAN in Flüchtlingsunterkünften im Stadtbezirk

Für viele Flüchtlinge ist der Zugang zum Internet die einzige Möglichkeit, um mit der Familie und den Freuden in der Heimat zu kommunizieren. Auch können die Flüchtlinge sich im Internet über die für sie zuständigen Behörden sowie über konkrete Bildungs- und Hilfsangebote informieren. Aus diesem Grund richtet die Stadt in enger Kooperation mit dem regionalen Unternehmen htp in vielen Flüchtlingsunterkünften WLAN-Hotspots ein. Im Fokus dieser Maßnahme stehen sowohl die Wohnheime und die Wohnprojekte als auch die Notunterkünfte. Die Einrichtung der WLAN-Hotspots in den dafür vorgesehenen Unterkünften soll nach Möglichkeit kurzfristig abgeschlossen werden.

Für die weiterhin im Stadtbezirk geplanten Flüchtlingsunterkünfte gibt es seit der letzten Information in der Bezirksratssitzung am 12.11.2015 keine veränderten Sachstände.